

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 spbn d



Inhalt

Rudi Walther MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit der Aufschwung-Propaganda der Union auseinander: Was die Bürger hinterher wirklich erwartet. Seite 1

Kurt Ueberschär MdB berichtet, wie die Rechtskoalition sich weigert, mehr für jugendliche Arbeitslose zu tun: Jugendarbeitslosigkeit ernst nehmen! Seite 4

Klaus Wedemeier, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, erläutert einen Dringlichkeitsantrag: Vor dem weitestgehenden Beschluß zur Friedenssicherung. Seite 6

Dokumentation

Ergebnis der Anhörung von Wissenschaftlern zum Thema "Waldsterben": Ein Notprogramm gegen das Waldsterben. Seite 8

36. Jahrgang / 35

21. Februar 1983

Die Aufschwung-Propaganda der Union

... und was die Bürger hinterher wirklich erwartet

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem die "Erblast"-Kampagne gescheitert ist, will die Union jetzt mit dem angeblichen "Aufschwung" die Wählerstimmen gewinnen. Millionenfach wird in Zeitungsanzeigen die Behauptung verbreitet, die Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher habe "die Weichen für den wirtschaftlichen Aufschwung gestellt". Doch dabei schmückt sich die Union mit fremden Federn. Das läßt sich an den stereotyp wiederholten Behauptungen der Union Punkt für Punkt aufklären:

1. CDU-Behauptung: "Die Preise sind stabiler."

Die Tatsachen: Die Preissteigerungsrate ist bereits seit Oktober 1981 deutlich zurückgegangen.

Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr

Oktober 1981: + 6,7 Prozent

September 1982: + 4,9 Prozent

Januar 1983: + 3,9 Prozent

2. CDU-Behauptung: "Die Mark steigt im Wert."

Die Tatsachen: Der Außenwert der DM gegenüber den Währungen der 23 wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik ist bereits seit September 1981 stetig angestiegen; Hauptursache: die deutliche Verbesserung der deutschen Leistungsbilanz und die Verringerung der Preissteigerungsrate noch während der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressediensl GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kostenlos Umwelt
auf dem Weg zur
Recycling-Papier



Außenwert der DM (Ende 1972 = 100)

August 1981:	142,2
September 1982:	155,2
Januar 1983:	161,2

3. CDU-Behauptung: "Die Zinsen sinken."

Die Tatsachen: Die Zinsen sinken bereits seit September 1981. Der Bundesbankpräsident Pöhl hat dazu am 15. Dezember 1982 sehr deutlich Stellung genommen:
"Es gibt keine Erklärung der Bundesbank, die die Vermutung begründen könnte, es wäre zu den Zinssenkungen am 21. Oktober und 2. Dezember 1982 ohne den Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 nicht gekommen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Bundesbank seit Oktober 1981 ihre Zinsen nicht weniger als achtmal gesenkt hat, davon sechsmal vor dem 1. Oktober 1982."

Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere

August 1981	11,5 Prozent
September 1982	8,8 Prozent
Januar 1983	7,7 Prozent

4. CDU-Behauptung: "Es wird wieder gebaut."

Die Tatsachen: Die Situation der Bauwirtschaft hat sich bereits seit Anfang 1982 stetig verbessert. Das hat auch die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag offiziell bestätigt. Die Baugenehmigungen im Mehrfamilienhausbau, die bisher allein eine zunehmende Tendenz ausweisen, entwickelten sich im gesamten Jahr 1982 positiv und hatten Zuwächse zum Beispiel im Januar 1982 mit plus 34,1 Prozent, im September 1982 mit plus 21,2 Prozent und im November 1982 mit plus 28,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen.

Auftragseingänge in der Bauwirtschaft (Index, saisonbereinigt)

Januar 1982	123
September 1982	146

Es gibt sicherlich eine Reihe von positiven Anzeichen in der wirtschaftlichen Entwicklung, zum Beispiel die relativ günstige Auftragsentwicklung am Ende des vergangenen Jahres als Folge der von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung beschlossenen Investitionszulage. Aber:

- Das ist nicht der Verdienst der Rechtskoalition; die Basis dafür wurde schon während der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt geschaffen.
- Leider reicht das nicht aus, um eine durchgreifende Wirtschaftsbelebung mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit in Gang zu bringen und die Wirkung der überzogenen Einsparpolitik der Bundesregierung auszugleichen. Allein der Wohnungsbau kann den Aufschwung nicht in Gang bringen; dazu ist die derzeitige Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft zu niedrig, dazu ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaus nicht groß genug. Die meisten Wirtschaftsforscher schätzen denn auch die Entwicklung des Jahres 1983 ungünstiger ein als die Bundesregierung.
- Die Bundesregierung sieht tatenlos zu, wie sich die Beschäftigungslage rapide verschlechtert und die Arbeitslosigkeit immer weiter ansteigt. Wer, wie die Union, jahrelang nur Schwarzmalerei betrieben hat, darf nicht hoffen, jetzt durch Gesundheitsereignisse einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.



Die Absicht der Union bei ihrer Aufschwungkampagne ist klar: Sie will ablenken von der chaotischen beschäftigungsschädlichen und sozialen Regierungspolitik der letzten Monate und sie will Diskussionen über die Inhalte ihrer künftigen Politik abblocken.

Jeder, der wirklich wissen will, was ihn nach dem 6. März erwartet, sollte nicht der CDU-Wahlpropaganda Glauben schenken, sondern statt dessen einen Blick in das Wahlprogramm der Union werfen. Bisher ist viel zuwenig deutlich geworden, daß gerade im Bereich der Steuerpolitik weitere massive Umverteilungsmaßnahmen angekündigt sind, die alles, was bisher beschlossen wurde, in den Schatten stellen.

- So sind umfangreiche zusätzliche Steuerentlastungen für Unternehmer vorgesehen, die durch die bereits beschlossene Anhebung der Mehrwertsteuer finanziert werden sollen. Hierdurch werden jährlich acht Milliarden DM Kaufkraft bei den breiten Bevölkerungsschichten abgeschöpft und an die Unternehmer umverteilt, ohne daß zu erkennen ist, wie daraus zusätzliche Investitionen und Arbeitsplätze werden könnten.
- In der Opposition hat die CDU/CSU Entlastungen bei der Einkommensteuer vor allem für mittlere Einkommen immer als vorrangig bezeichnet. Jetzt verschiebt sie diese Entlastung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Auch wenn die Entwicklung der öffentlichen Haushalte eine Entlastung derzeit nicht zuläßt: Wenn gleichzeitig für die Unternehmen massive Steuerentlastungen erfolgen, unabhängig davon, ob diese zusätzlich investieren, ist das eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern, die nach den Ankündigungen der Bundesregierung jahrelang keine steuerliche Entlastung erhalten sollen.
- Mit dem angekündigten Familiensplitting würde eines der wichtigsten Ergebnisse sozialdemokratischer Familien- und Steuerpolitik - das gleiche Kindergeld für alle, unabhängig vom Einkommen - rückgängig gemacht. Berechnungen der SPD-Bundestagsfraktion haben ergeben, daß nach Einführung des Familiensplitting ein Ehepaar mit einem Kind für dieses Kind bei einem Einkommen von 20.000 DM einen Steuervorteil von rund 900 DM, bei einem Einkommen von 150.000 DM einen Steuervorteil von 10.000 DM hätte. Um das zu finanzieren, müßte das Kindergeld vollständig abgebaut werden! Der Kahl-schlag beim BAföG und der Abbau des Mieterschutzes sind skandalöse Maßnahmen der Umverteilung; doch das, was die Union hinter dem Begriff "Steuerlicher Familienlastenausgleich" versteckt, steht dahinter nicht zurück. Diese Vorschläge sind eine soziale Provokation!

Würde die Union alle ihre steuerpolitischen Forderungen in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen, ergäben sich daraus jährliche Haushaltsbelastungen von 36 bis 42 Milliarden DM. Finanziert werden könnten diese Steuerentlastungen, die vor allem Besserverdienende begünstigen, nur, wenn die Regierung gleichzeitig massive Ausgabenkürzungen im Sozialbereich und weitere Erhöhungen der Mehrwertsteuer vornehmen würde. Die breiten Bevölkerungsschichten hätten diese Steuergeschenke also zu finanzieren! Ist es das, was Helmut Kohl meinte, als er in seinem Brief zur Jahreswende an die Mandatsträger der Union davon sprach, man müsse jetzt erst "den Schutt wegräumen"?

Die genannten Beispiele beweisen deutlich: Alle diejenigen, die nicht zu den Besserverdienenden zählen, hätten von den Unionsparteien nichts Gutes zu erwarten! Bei einem Wahlsieg der Union würde der nächste Abschnitt im Stufenplan zur Umverteilung von unten nach oben verwirklicht!
(-/21.2.1983/ks/ca)

+ + +



Jugendarbeitslosigkeit ernst nehmen!

Die Rechtskoalition weigert sich, mehr für jugendliche Arbeitslose zu tun

Von Dr. Kurt Ueberschär MdB

Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Noch immer steckt die Weltwirtschaft in der Krise. Offen oder versteckt protektionistische Maßnahmen einiger Länder sind dazu geeignet, die Krise noch zu verschärfen. Die sozialliberale Regierung hatte ihr ganzes internationales Gewicht aufgeboten, auch die Regierungen anderer Länder vom Protektionismus abzuhalten. Das war nicht zuletzt deshalb überzeugend, weil Helmut Schmidt auf eine erfolgreiche Politik im eigenen Land verweisen konnte. Alles Gerede der CDU/CSU/FDP-Koalition von der Erblast ist auch schon deshalb wenig überzeugend.

Dennoch sind natürlich die wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik sehr ernst. Die hohe Zahl der Konkurse in unserem Land und die weiterhin steigende Zahl der Arbeitslosen erfordern die Mobilisierung aller Kräfte.

Besonders schwer wiegt dabei die Frage der Ausbildungsplätze für Jugendliche. Im Jahr 1981 haben mindestens 115.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Es steht zu befürchten, daß 1982 diese Zahl noch übertroffen wird angesichts des Zusammentreffens von einerseits einem knapper gewordenen Angebot von Ausbildungsplätzen und andererseits der in die Ausbildung drängenden geburtenstarken Jahrgänge. So waren im April 1982 15 Prozent mehr Bewerber bei den Arbeitsämtern gemeldet als im gleichen Monat des vergangenen Jahres; gleichzeitig aber auch zehn Prozent weniger Ausbildungsplätze als 1981.

Daß jedes zehnte Mädchen oder jeder zehnte Junge ohne Ausbildungsplatz bleiben, ist ein Zustand, der keinesfalls hingenommen werden kann. Es kann nicht darauf vertraut werden, daß nach 1985 die geburtenstarken Jahrgänge langsam abnehmen werden: junge Menschen ohne Ausbildung werden auch später auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben.

Natürlich sind in dieser Situation Politiker und Politik gefordert. Es sind aber gerade auch Initiativen der Betroffenen selbst, die in dieser Situation hilfreich sind. Auf diese Art lassen sich unbürokratisch und wirkungsvoll Reserven mobilisieren.



Den ausbildenden Betrieben muß klar sein: mit jedem Ausbildungsplatz mehr leisten sie einen sozialpolitischen Beitrag und einen Beitrag zur Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Zukunft. Das sollte für einen Betrieb Motiv genug sein, auch über die vorhandenen Kapazitäten hinaus auszubilden.

Auf der anderen Seite müssen Jugendliche wissen: Jede Ausbildung ist besser als keine. Wie einschlägige Untersuchungen gezeigt haben, sind sich Schulabgänger dessen durchaus bewußt. Jugendliche Berufsanfänger orientieren sich keineswegs nur an ihrem "Traumberuf", sondern beziehen realistische Alternativen bei ihrer Berufsentscheidung mit ein.

Trotz aller Bemühungen der Arbeitsämter, Kammern, Gewerkschaften, Betriebe und der Jugendlichen und deren Eltern selbst bleiben immer noch junge Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz "außen vor". Aber jeder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz ist einer zuviel.

Unter der sozialliberalen Bundesregierung war für solche jungen Männer und Frauen ein Stützungsprogramm als Nothilfe angesetzt worden. In Modellversuchen werden Kurse zur Erlangung des Hauptschulabschlusses in Verbindung mit Werkstattarbeiten, Berufsvorbereitungskurse, Seminare zur politischen Bildung und vor allem auch Beratungen über die Berufs- und Arbeitswelt angeboten. Konkrete Ergebnisse aus diesem Versuch liegen vor und als ein Erfolg kann gelten, daß es mit diesen Maßnahmen gelungen ist, Jugendliche vor dem Abgleiten in subkulturelle Gruppen zu bewahren.

Leider muß man heute feststellen, daß die gegenwärtige Bundesregierung bei den Haushaltsberatungen des Einzelplans des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung nicht bereit war, die Hilfen für arbeitslose Jugendliche zu erhöhen. Die SPD hatte zusätzlich 340 Millionen Mark zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und weitere 130 Millionen Mark zur beruflichen Qualifizierung beantragt, sich aber nicht gegen die Rechtskoalition durchsetzen können.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind nicht nur ein Problem in industriellen Ballungsräumen oder in ausgesprochen strukturschwachen Räumen, sondern auch der mittelständisch geprägten Region.

Angeichts dieser Lage wird vielfach der Abbau von angeblich ausbildungshemmenden Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes gefordert. Es gibt aber, darauf ist mit aller Deutlichkeit hinzuweisen, keinerlei Nachweis dafür, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes die Betriebe an der Ausbildung hindern. Niemand sollte die Ausbildungsnot Jugendlicher dazu benutzen, bewährte und sinnvolle Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes zurückzudrehen!

Die Bundesregierung des Jahres 1983 wird auch daran zu messen sein, inwieweit sie ihre Anstrengungen zur Behebung der bedrohlichen Ausbildungsplatzlage zu verstärken bereit ist, ohne soziale Demontage auf Kosten der Jugendlichen zu betreiben.

(-/21.2.1983/va-he/ca)

+ + +



Dringlichkeitsantrag zur Friedenspolitik

Bremens Bürgerschaft vor dem weitestgehenden Beschluß zur Friedenssicherung

Von Klaus Wedemeier

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Den zumindest auf Landesebene bisher weitestgehenden Beschluß zur Friedenspolitik wird am 24. Februar, also in dieser Woche, die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fassen. Die SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft hat den nachfolgenden Antragsentwurf vorgelegt, der am 16. Februar einstimmig so beschlossen worden ist:

Ein Krieg in Mitteleuropa führt in jedem Falle zum Untergang unserer Städte und unseres Landes, gleichgültig, welche Waffen zum Einsatz kämen. Von dem Erfolg der weltweiten Friedenspolitik hängt also unsere Zukunft ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) solidarisiert sich darum mit allen Bestrebungen, die geeignet sind, den Rüstungswahnsinn in Ost und West zu beenden und die Abrüstung in allen Teilen der Welt zu bewirken.

Die weltweit wachsende Friedensbewegung ist Zeichen dafür, daß die Völker sich der drohenden Gefahr bewußt werden, die insbesondere von den in Ost und West angehäuften Massenvernichtungsmitteln gleichermaßen droht.

In der festen Überzeugung, daß die Mehrheit der Bremer Bevölkerung wie die der Bundesrepublik eine aktive Friedenspolitik verlangt, fordert die Bremische Bürgerschaft (Landtag):

1. Die Kernwaffenstaaten müssen endlich ihre Glaubwürdigkeit als Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages von 1968 (Atomwaffensperrvertrag) nachweisen und die zugesagten Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle einlösen und zu einem Ergebnis führen.
2. Neue Massenvernichtungsmittel sollten bis dahin nur in den Staaten gelagert werden, die diese Waffensysteme produzieren. Solange noch Massenvernichtungswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland existieren, sind diese Standorte öffentlich bekanntzugeben.



Die Bürger haben einen Anspruch darauf, über das informiert zu sein, was im Namen ihrer Sicherheitsinteressen entschieden werden soll.

Eine Geheimhaltung solcher Standorte läßt sich militärisch angesichts des Standes der jeweiligen militärischen Aufklärung nicht begründen und ist politisch wegen der damit verbundenen Spekulationen und Verunsicherungen auch nicht zu rechtfertigen.

Das gleiche muß auch für die Lagerung von C-Waffen gelten.

Eine Lagerung oder Stationierung von Massenvernichtungswaffen innerhalb des Gebietes der Freien Hansestadt Bremen wird abgelehnt.

Die Bürgerschaft bekräftigt zugleich ihren Beschluß vom 13. Mai 1981, mit dem sie die Stationierung neuer Atomwaffen in der Umgebung Bremens abgelehnt hat.

3. Der Vorschlag der Palme-Kommission und der offizielle Vorschlag der schwedischen Regierung, beiderseits der Grenze zwischen Ost und West in Europa eine atomwaffenfreie Zone von 150 Kilometern zu schaffen, wird von der Bremischen Bürgerschaft begrüßt. Eine derartige Zone wäre geeignet, im Falle eines Konflikts die nukleare Schwelle zu heben und damit die Gefahr zu verringern, daß jeder mögliche Konflikt schnell im nuklearen Chaos endet.
4. Niemand darf sich jedoch darüber täuschen, daß nicht nur die atomaren, sondern auch die konventionellen Waffen eine Bedrohung verheerenden Ausmaßes sind. Deshalb gilt es, auch im konventionellen Bereich zu Reduzierungen zu gelangen, wobei in Europa die zahlenmäßige Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Paktstaaten eine Rolle spielt. Nur so kann die Prager Deklaration vom 5. Januar 1983 Glaubwürdigkeit erreichen.
5. In großen Teilen der Bremer Bevölkerung wächst die Sorge darüber, daß ABC-Waffen auf dem Gebiet des Landes Bremen ohne entsprechende Sicherheitsbedingungen auf örtlicher Ebene transportiert werden.

In der Erkenntnis des objektiven Mangels an realen Möglichkeiten für die Bremische Politik, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, fordert die Bremische Bürgerschaft, daß die Bundesregierung durch ihre zuständigen Stellen den Senat darüber unterrichtet, ob im Gebiet des Bundeslandes Bremen ABC-Waffen transportiert werden.

In der Erkenntnis des objektiven Mangels an realen Möglichkeiten für die Bremische Politik, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, fordert die Bremische Bürgerschaft, daß die Bundesregierung durch ihre zuständigen Stellen den Senat darüber unterrichtet, ob im Gebiet des Bundeslandes Bremen ABC-Waffen transportiert werden.

Falls dies zutrifft oder geplant ist, fordert die Bremische Bürgerschaft, daß durch Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Bündnispartnern erreicht wird, daß den Sorgen der Bevölkerung vor Gefährdung vor Ort durch Transporte von Massenvernichtungsmitteln durch entsprechende Regelungen Rechnung getragen wird. Dieses ist am ehesten durch Einstellung der Transporte zu erreichen.

6. Die Bürgerschaft erwartet von der Bundesregierung, daß sie alle politischen Möglichkeiten nutzt, diese Forderungen realisieren zu helfen. Sie erwartet von der Bremer Landesregierung, daß diese im Rahmen ihrer Handlungskompetenzen mit dazu beiträgt.

Sie fordert jeden einzelnen Bürger des Landes Bremen auf, sich - wo immer er kann - hinter diese Forderungen zu stellen.
(-/21.2.1983/vo-he/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Als Ergebnis einer Anhörung von Wissenschaftlern zum Thema "Waldsterben" am 19. Februar 1983 im Erich-Ollenhauer-Haus haben die Mitglieder der Regierungsmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel, Professor Dr. Klaus M. Meyer-Abich, und Dr. Volker Hauff, folgende Schlußfolgerungen gezogen:

Ein Notprogramm gegen das Waldsterben

Das Waldsterben in unserem Land verläuft weitaus dramatischer, als noch vor wenigen Monaten absehbar war. Das Ausmaß ist bereits jetzt groß, die Geschwindigkeit nimmt rapide zu. Wir stehen an der Schwelle einer nachhaltigen Vergiftung der Öko- und Hydrosphäre. Forstwirtschaftler berichten, daß das Abholzen der abgestorbenen Bäume mit dem Waldsterben kaum noch Schritt halten kann. In manchen Fällen stirbt ein Baum innerhalb von drei Wochen nach Auftreten der ersten Symptome. Der saure Regen hat bisher nahezu alle Wälder erfaßt. Die Säure ist in den Boden eingedrungen; teilweise ist die Pufferkapazität des Bodens erschöpft, so daß unsere Wasserversorgung ernsthaft bedroht ist.

Die Luftverunreinigung zerstört außer unseren Wäldern auch Bauwerke, darunter unersetzliche Baudenkmäler. Sie ist darüber hinaus die wichtigste Ursache für die Erkrankung der Atemwege der Menschen. Nicht auszuschließen ist, daß auch die Krebshäufigkeit erheblich vom Grad der Luftverschmutzung abhängt. Neben anderen Ursachen führt sie schließlich zu einer bedrohlichen Verminderung der Artenvielfalt.

Die sozial-liberale Koalition hat im Herbst letzten Jahres begonnen, Gegenmaßnahmen gegen die Luftverschmutzung zu entwickeln. Ein erster Schritt war die Großfeuerungsanlagen-Verordnung (GAV). Die Regierung Kohl/Genscher/Zimmermann hat diese Anstrengungen nicht fortgesetzt, sondern im Gegenteil die Verordnung entschärft und verwässert, obwohl es notwendig gewesen wäre, aus der Tatsache des dramatischen Waldsterbens viel weiterreichende Konsequenzen zu ziehen.

Die SPD fordert deshalb ein Notprogramm gegen das Waldsterben und die anderen auf der Luftverschmutzung beruhenden Schäden. Grundlage dieses Notprogramms ist:

1. Das Waldsterben zeigt, daß die Umweltprobleme allein durch eine reaktive Umweltpolitik nicht gelöst werden können. Notwendig ist deshalb eine Kurskorrektur der Umweltpolitik zum vorbeugenden und ganzheitlichen Umweltschutz.
2. Unser Wald muß gegen einzelwirtschaftliche Interessen geschützt werden. Die Wirtschaftsprozesse müssen mit der Ordnung der Natur in Einklang gebracht werden.
3. Wir können nicht abwarten, bis die Ursachen des Waldsterbens im einzelnen geklärt sind. Es muß jetzt gehandelt werden, um die Katastrophe abzuwenden. Außer den erforderlichen Forschungsanstrengungen sollten alle Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft an einen Tisch gebracht werden, um im gemeinsamen Interesse eine schnelle Abhilfe zu schaffen.
4. Es steht heute fest, daß die Luftverschmutzung die entscheidende Ursache für das Waldsterben ist. Dabei handelt es sich besonders um Schwefeldioxyd, Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle - also nicht nur um Schwefeldioxyd.

Diese Belastungen stammen vor allem aus Energieumwandlungsprozessen in Kraftwerken, im Verkehr und in der Industrie. In allen diesen Bereichen muß angesetzt werden, um dem Waldsterben und den anderen Schädigungen der Luftverschmutzung wirksam zu begegnen. Es kommt darauf an, die Grundlast der Verschmutzung nachhaltig zu reduzieren.



Als ein Zwischenziel für die 80er Jahre haben uns die von uns konsultierten Experten empfohlen, eine Verringerung der Schadstoffe auf ein Drittel der derzeitigen Belastung durchzuführen, um das Schlimmste zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen gleichzeitig verschiedene Wege beschritten werden:

- o Brennstoffentschwefelung bei Kohle und Öl.
- o Einsatz neuer Feuerungstechniken, zum Beispiel der Wirbelschicht-Technik, in der Kohleverbrennung.
- o Rauchgasentschwefelung bei Kraftwerken. Schwefelabgabengesetz zur Beschleunigung der Erfassung von Kleinanlagen und zur Beschleunigung der Entschwefelung der Altanlagen.
- o Abgasentgiftung (Stichoxyde und Kohlenwasserstoffe) bei Kraftfahrzeugen.
- o Einsatz umweltverträglicherer Energieträger (zum Beispiel Ersatz von Erdöl durch Erdgas). Ausnutzung regenerativer Energiequellen und passive Sonnenenergienutzung.
- o Verminderung der erforderlichen Energieeinsätze durch rationellere Energieverwendung (zum Beispiel Senkung des Kraftstoffverbrauchs und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs).
- o Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau der Fernwärme, und Verminderung des Stromverbrauchs durch rationellere Produktion und Verwendung von Elektrizität.
- o Die Wiederaufbereitung (Recycling) von Abfällen.

Die technischen Möglichkeiten zur Durchführung dieser Maßnahmen sind durchweg gegeben. Wenn sie schnell genug getroffen werden, können jedenfalls die in Zukunft gepflanzten Bäume eine Überlebenschance haben. Wir weisen besonders darauf hin, daß auch eine forcierte Kernenergiepolitik in der gebotenen Dringlichkeit so gut wie keinen Beitrag zur Rettung des Waldes leisten könnte. Dies ergibt sich einfach aus den bestehenden Planungsfristen und gilt unabhängig von den sonstigen Gründen für oder gegen die Kernenergie. Die Kohlevorrangpolitik der SPD entspricht im Rahmen des von uns vorgeschlagenen Maßnahmenbündels also auch den umweltpolitischen Erfordernissen.

Die Züchtung resistenter Arten wäre ebenfalls nicht aussichtsreich und umweltpolitisch äußerst bedenklich.

Eine wirksame Bekämpfung des Waldsterbens setzt aber eine internationale Zusammenarbeit voraus. Diese kann nur erreicht werden, wenn wir klare Vorstellungen über unseren eigenen Beitrag zur Lösung des Problems Waldsterben entwickeln und auf dieser Grundlage handeln.
(-/21.2.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

